

«Es gibt nicht <die> christliche Politik»

PFÄFFIKON Hanspeter Hugentobler, EVP-Kantonsrat und Schulpräsident von Pfäffikon, soll im kommenden Frühling Präsident der EVP-Kantonalpartei werden. Anlass genug für ein Gespräch über seine überalterte Kleinpartei und den lieben Gott.

Sie sind Familienvater, Unternehmer, Schulpräsident von Pfäffikon, sitzen für die EVP im Kantonsrat und engagieren sich als Freiwilliger in der Reformierten Kirche. Wie viele Stunden hat Ihr Tag?

Hanspeter Hugentobler: 24, wie für alle andern. Aber ich habe ein vielseitiges Leben.

Im nächsten Frühling soll das Präsidium der kantonalen EVP dazukommen. Wie viel gibt das zu tun?

Vorausgesetzt, ich werde gewählt, ist es der Wechsel vom ersten Vizepräsidenten zum Präsidenten, das realisieren nicht alle. An den meisten Veranstaltungen der EVP bin ich seit Jahren aktiv, manchmal vertrete ich den Präsidenten. Jetzt kommt die öffentlich sichtbare Stabübergabe. Aber es werden auch neue Vizepräsidenten gewählt. Mir graut nicht vor den Zusatzarbeiten.

Wirklich?

Ja, sonst hätte ich das Amt nicht angenommen. An Abstimmungssonntagen werde ich mich in Zukunft bereithalten müssen, sonst ist mir das Pensum bekannt.

Was geben Sie dafür ab? Dass Sie Pfäffiker Schulpräsident bleiben und nicht Gemeindepräsident werden wollen, haben Sie bereits gesagt.

Die Mitwirkung in Organisationen habe ich aufgegeben. Im Übrigen kann ich sowohl im Geschäft wie in der Schule auf sehr gute Mitarbeiter zählen. Und man muss gut organisiert sein.

Die EVP ist eine Kleinpartei, Macht und Einfluss sind gering. Wieso lohnt es sich, sich dafür einzusetzen?

Ich bin überzeugt, dass es in unserem System eine noch stärker als bisher verbindende Mitte braucht. Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass es nicht nur Extrempositionen gibt, sondern auch eine Mitte, die zu Kompromissen und Lösungen beiträgt. Ich staune immer wieder, dass viele die EVP-Positionen gut finden, obwohl sie mit der Partei nichts am Hut haben.

Funktioniert das Vermitteln?

Immer wieder. Aber manchmal sind die Positionen auch verhärtet. Beim Budget zum Beispiel sieht das Bild immer wieder gleich aus. Im Gespräch, vor allem aber hinter verschlossenen Türen in den Kommissionen ist nicht immer alles schwarz-weiß. Immerhin ist die Politik nicht Selbstzweck der (grossen) Parteien, sie regelt vielmehr das Zusammenleben der Menschen. **Der Wechsel im EVP-Präsidium erfolgt in der Mitte der Legislatur. Bereits 2018 stehen Gemeindewahlen an, gefolgt 2019 von Kantonsratswahlen**

im Frühling und National- und Ständeratswahlen im Herbst. Da müssen Sie sofort mit den Vorbereitungen loslegen, nicht wahr?

Richtig. Wir stehen vor einem Generationenwechsel, amtierende Kantonsräte lassen sich ablösen, und der Parteisekretär wird pensioniert. Es gibt auch einen neuen Fraktionspräsidenten, voraussichtlich wird dies Kantonsrat Markus Schaaf. Deshalb erfolgt der Präsidentenwechsel 2017. Die Stelle des Parteisekretärs wird für Ende 2018 ausgeschrieben.

Hat das EVP-Parteisekretariat die Kapazität, um Sie zu unterstützen? Oder tut dies Ihre Firma?

Die Firma tut das sicher nicht, Beruf und Politik bleiben strikt getrennt. Das Parteisekretariat verfügt über 150 Stellenprozent plus externe Mitarbeiter. Die

«Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass es nicht nur Extrempositionen gibt.»

stemmen das. Der Wahlerfolg hängt auch von den Freiwilligen in den Orts- und Bezirksparteien ab, wo die Knochenarbeit geleistet wird.

Am Guggelitreffen, dem Jahresmedienanlass der EVP, hat Nachpräsident Johannes Zollinger ebenfalls von Verjüngung gesprochen. Die scheint auch nötig: Nationalrätin Maja Ingold ist 68 Jahre alt, das Durchschnittsalter der amtierenden EVP-Kantonsräte beträgt 56 Jahre. Mit Peter Reinhard (22 Amtsjahre) und Gerhard Fischer (19 Amtsjahre) sind unter ihnen zwei Sesselkleber, die eine ganze Politikergeneration verhindert haben. Wie wollen Sie die EVP verjüngen?

Reinhard und Fischer erlebe ich als wertvolle Kollegen, die sehr gute Arbeit leisten und das Schiff

im Bereich Glaube und Gesellschaft mit Sitz in Pfäffikon. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Die EVP ist eine Kleinpartei. Auf nationaler Ebene kam sie in den letzten 40 Jahren nie über einen Wähleranteil von 2,4 Prozent hinaus. Aktuell sind es 1,9 Prozent. Die Partei stellt nur gerade 2 von 200 Nationalräten und keinen Ständerat. Im Kanton Zürich legte die EVP 2015 um 0,5 Prozentpunkte auf 4,3 Prozent Wähleranteil zu und gewann das Mandat zurück, das sie 2011 verloren hatte. Seither ist sie im 180-köpfigen Kantonsrat mit 8 Mitgliedern vertreten. gl



Lässt die christliche Nächstenliebe in politische Entscheide einfließen: Der Pfäffiker Hanspeter Hugentobler dürfte im Frühling zum Präsidenten der EVP-Kantonalpartei gewählt werden.

Christian Merz

Worin unterscheidet sich die EVP von der EDU?

In der politischen Ausrichtung. Wir sind eine Mittepartei, die EDU spannt oft mit der SVP zusammen. Die EVP war die erste Volkspartei der Schweiz, sie wird nächstes Jahr 100 Jahre alt. **Kommen wir zur Bildung: Wie gut sprechen Sie Französisch?** Weniger gut als Englisch, obwohl ich am Gymi sechseinhalb Jahre lang Französisch hatte. Ich konnte blendend Texte von Albert Camus interpretieren, aber in Paris nur schlecht Brötchen bestellen. Heute brauche ich beide Sprachen, aber Englisch öfter.

Wann soll in der Volksschule welcher Fremdsprachenunterricht beginnen?

Der Lehrplan 21 sieht gute Lösungen vor: Englisch ab der 3., Französisch ab der 5. Klasse, je mit einer Lektion mehr als bisher. Die Zürcher Version des Lehrplans 21 ist gut auf die Kritik am Sprachunterricht eingegangen. Mir ist bewusst, dass dies für schwache Schüler eine Herausforderung darstellt. Es kann aber nicht sein, dass man etwas, das eine Herausforderung ist, einfach nicht macht. Das Fach Mathematik wird auch nicht auf die Oberstufe verschoben.

Wichtig wäre, dass genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, für Halbklassen zum Beispiel. Hier kritisiere ich den Lehrplan 21: Er muss, sagt die Regierung, kostenneutral sein. Das geht nicht! Mehr Schüler und höhere Anforderungen erfordern mehr Geld. Beim öffentlichen Verkehr führen höhere Frequenzen zu mehr Ressour-

cen, in der Bildung offenbar nicht. Ausserdem muss die Möglichkeit bestehen, schwache Schüler zu dispensieren. Das passiert in der Oberstufe bereits. **Was halten Sie davon, dass Bundesrat Alain Berset im Sprachengesetz einen Paragraphen festschreiben will, der die Primarschulen verpflichtet, eine zweite Landessprache zu unterrichten?**

«Die Regierung sagt, der Lehrplan 21 müsse kostenneutral sein – das geht nicht!»

Sollte der Bundesrat Erfolg haben und zudem die Zürcher Volksinitiative «Nur eine Fremdsprache an der Primarschule» durchkommen, befürchte ich, dass diese dann Französisch wäre. Das wäre fatal. Unsere Eltern brauchten Englisch noch nicht unbedingt, heute ist die Situation anders. Eine Volksschule, die erst in der Oberstufe mit Englisch beginnt, kann ich mir nicht mehr

vorstellen und die Bevölkerung auch nicht.

Sie lehnen ein Verbot der Burka ab und begründen dies mit Religionsfreiheit. Verletzt das Tragen einer Burka nicht eher die Werte und Traditionen der Schweiz?

Am Guggelitreffen war ich auf die Frage nicht gefasst und gab eine persönliche Antwort. Eine Arbeitsgruppe der EVP macht sich zurzeit zu dieser Frage Gedanken. Es ist schwierig, wenn der Staat Fragen der Lebensgestaltung regelt. Burka, Kopftuch – wo ist die Grenze? Ist es ein Pseudoproblem wie das Minarettverbot – oder nicht? Vordringlich scheint mir die Frage nicht.

In Therwil BL gibt es männliche muslimische Teenager, die sich weigern, ihrer Lehrerin die Hand zu geben. Der Fall ist noch nicht abgeschlossen. Wie würde die Schule Pfäffikon reagieren?

Einen solchen Fall hatten wir noch nicht. Wir würden das Gespräch suchen, bisher haben wir so immer eine Lösung gefunden. Bei uns gibt es keine verhärteten Fronten, bei speziellen Feiertagen zum Beispiel kommt die Schule den Eltern entgegen. Wir haben auch noch keine Eltern gebüsst, weil sie an einem Anlass nicht erschienen sind. Ich habe noch nie Eltern getroffen, denen der Schulerfolg ihrer Kinder nicht wichtig war.

Und wie steht es mit Schweinefleisch im Klassenlager?

Keine Ahnung. Das überlasse ich dem gesunden Menschenverstand der Lehrpersonen. Die finden immer eine gute Lösung.

Die EVP befürwortet die Volksinitiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle», über die im Kanton Zürich am 25. September abgestimmt wird. Diese soll über Lohnprozente finanziert werden. Was würde das Ihre Firma kosten?

Zwischen 7000 und 18000 Franken pro Jahr. Die ERF Medien richten zusätzlich zum Obligatorium betriebliche Kinderzulagen aus, das scheint mir der bessere Weg. Aber mir ist die EVP-Position bekannt.

Lohnprozente belasten die Wirtschaft in ohnehin schwierigen Zeiten zusätzlich. Könnten sich die ERF Medien dies leisten, weil sie überwiegend von Spenden finanziert sind?

Das eine hat mit dem andern nichts zu tun. Spendenfinanzierung oder Verkaufsförderung sind sich sehr ähnlich. Auf jeden Fall müssen wir darauf achten, dass es nicht immer noch mehr Gebühren und Abgaben gibt, vor allem im Hinblick auf die Altersvorsorge, die irgendwie finanziert werden muss.

Sie wollen Lohnprozente für die Altersvorsorge reservieren?

Ja, denn da kommt etwas auf uns zu. Bei den Lehrern stellt sich die Frage schon heute, ob sie freiwillig mehr in die Pensionskasse einzahlen wollen.

Zurück nochmals zum E der EVP: Ist es wirklich richtig, den lieben Gott zu bemühen, wo die Menschen selber für Ordnung sorgen können?

Ja. Die Politik kommt besser heraus, wenn der Mensch nicht das Mass aller Dinge ist. Mein Glaube ist mir als Politiker eine Hilfe beim Arbeiten, ohne dass meine Politik die einzig richtige wäre. **Handelt es sich nicht eher um Abschieben von Verantwortung?** Nein, denn es gibt nicht «die» christliche Politik. Ich stehe voll in der Verantwortung, gerade dort, wo ein anderer es anders sieht.

Interview: Anna E. Guhl